



PROF. PETER FILZMAIER

Filzmaier analysiert

Peter Filzmaier ist Professor für Politikwissenschaft an der Donau-Universität Krems und der Karl-Franzens-Universität Graz.

1 Was ist überhaupt passiert? Der Europäische Rat aller Regierungschefs der EU-Mitgliedsländer hat sich ausgeschnapst, Ursula von der Leyen als Kommissionspräsidentin vorzuschlagen. Nach langen Verhandlungen.

Mit berechtigter Kritik, weil man sich für niemand entschied, der bereits in der Parlamentswahl am 26. Mai kandidiert hatte.

Von der Leyen war ja deutsche Verteidigungsministerin und bis vor kurzem nicht einmal im Gespräch für einen Job bei der EU gewesen. Die Regierungschefs können sich freilich nicht irgendwen aussuchen, sondern die vorgeschlagene Präsidentin muss durch eine Wahl im Europäischen Parlament bestätigt werden. Das ist geschehen.

Ist das Schimpfen über die EU hier trotzdem berechtigt? Eher nicht.

2 So läuft repräsentative Demokratie nun mal. Gar so ungewöhnlich ist das Gezerre wie Verhandlungen zwischen politischen Institutionen nämlich nicht. Bei der österreichischen Regierungskrise vor Sommerbeginn haben alle die Schönheit unserer Verfassung gelobt. Hallo, und nun wieder über die EU geschimpft?

Bei uns wählt ebenfalls nicht das Parlament die Regierung. Diese wird vom Bundespräsidenten ernannt. Wir haben gleichfalls immer wieder Minister, die wie von der Leyen in keiner Nationalratswahl kandidierten. Hartwig Löger war als solcher sogar Kurzzeitkanzler.



Von der Leyen bei der Bekanntgabe ihrer Ernennung als Kommissionspräsidentin.

Die deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen ist zur Präsidentin der EU-Kommission gewählt worden. Die Aufregung drehte sich aber weniger um ihre Person als das Drumherum. Es war von einem üblen Gezerre und Politikschacher die Rede. Doch wie sonst sollen sich politische Institutionen gegenseitig kontrollieren?

Die gewählten Volksvertreter im Parlament müssen nicht ausdrücklich zustimmen, der Präsident aber realpolitisch beachten, ob seine Regierung eine Mehrheit im Nationalrat hat.

Das ist kein komplett anderes Systemdenken als in der EU.

3 Ohne solche Mehrheit wird eine Regierung aberufen. Ex-Bundeskanz-

ler Sebastian Kurz und seine Ministerkollegen haben das leidvoll erfahren. Das kann man je nach politischer Meinung gut oder schlecht finden. Eine wirkliche Krise wäre nur entstanden, wenn das Woche für Woche jeder vom Bundespräsidenten ernannten Nachfolgeregierung passiert.

Ist es aber nicht. Weil wir dem demokratischen

Grundkonsens aller Akteure – Alexander Van der Bellen und die Parteien im Nationalrat – vertrauen konnten, dass man sich vor der Staatskrise halbwegs einigt. Es ist ein bisschen unfair, das im Grunde gleiche Prinzip einseitig der EU vorzuwerfen.

4 Der Punkt ist folgender: In Verfassungen und Verträgen von Öster-

Macht und Kontrolle



Foto: www.picturedesk.com/APA-PictureDesk

reich bis nach EU-ropa wird die politische Macht zwischen einzelnen „Staats“-Organen aufgeteilt. Bundespräsident, Regierung sowie Nationalrat in Österreich. Rat, Kommission und Parlament in der EU.

Will man verhindern, dass eine dieser Einrichtungen zu viel Macht bekommt, muss jemand anders sie beeinflussen können.

Das führt zwangsläufig zu Blockadefahren. Einigen sich Bundespräsident und die Parteichefs im Nationalrat nie über Regierung ohne Mehrheit gegen diese, haben wir keine. Oder immer nur für ein paar Tage. Österreich wäre zwischen

Stillstand und Chaos. Das ist nie geschehen, was wir gut finden. Genauso haben sich Regierungschefs und Parlamentsmehrheit in der EU auf von der Leyen als gemeinsamen Nenner verständigt, um chaotische Zustände zu verhindern. Warum soll das nun grotteschlecht sein?

5 Jenseits des Atlantiks läuft die Sache ähnlich. In den USA ernennt der Präsident seine Minister und höhere Beamte. Doch muss der Senat – ein Teil des Kongresses als Parlament – zustimmen. Tut er das nicht, ist die Ernennung gescheitert. Doch dürfen sich die Senatoren nicht jemand an-

deren aussuchen. Sie müssen den nächsten Vorschlag des Präsidenten abwarten.

Theoretisch könnte das Spiel ewig so weitergehen. Die USA hätten keinen einzigen Minister und null Botschafter. Vom FBI bis zur CIA würde es keine Leiter von Bundesbehörden geben. Die Supermacht wäre handlungsunfähig. Waren die Amerikaner beim Schreiben ihrer Verfassung zu dämlich, um die Blockadefahr zu erkennen? Nein.

6 Man wollte auf keinen Fall einem Staatsorgan zu viel Macht geben. Also sollen Präsident und Kongress – Senat und Repräsentantenhaus – sich

gegenseitig kontrollieren. Wie wir vertrauen die Amerikaner darauf, dass am Ende die Vernunft siegt. Zugegeben, das verlangt im Fall Donald Trump arg viel Vertrauen. Doch was wäre die Alternative?

Dass Trump diktatorische Macht bekommt? Hilfe, nein. Dass der US-Präsident ein Hampelmann ist, der nur zu tun hat, was andere ihm sagen? Auch keine gute Idee. Dasselbe gilt jedoch für Österreich und die EU, für Bundesregierung und Kommissionspräsidentin. Dafür müssen wir Verhandlungen und Kompromisse als Preis von Macht und Kontrolle in Kauf nehmen.